

Posener Zeitung.

N^o 15.

Freitag den 18. Januar.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Posen (Die Ministerkrise); Berlin (Geogr. Gesell-
schaft; Antl.-Kte geg. d. Steuerverw.; Komm.-Berath über d. Verla-
gen; Rede Brandenburgs; d. Fabrikat. in d. Straßens.; Qui pro quo
d. Teleg.; Ausföhr. demokr. Verf.); Breslau (d. Maingekl.; demokr.
Lehrer); Ratibor; Wolfshut.
Oesterreich. Wien (Benedig's Geschäftsverkehr; Meyerh. Prophet)
England. London über d. Frankf. Komm.; Prorog. d. Parlam.;
Waghorn +).
Rußland u. Polen. Petersburg (Verschwörung); Kalisch (Krieg
gegen d. Türkei).
Amerika (Stellung d. Präf. Taylor).
Locales. Posen; Ostrowo; Bromberg; Inowracław.
Literatur. (Deutschr. v. Voigt's Abh.).
Chronik Posens.
Anzeigen.

Berlin, den 16. Jan. Se. Majestät der König haben Aller-
gnädigst geruht: Den Geheimen Regierungsrath Heidefeld zu Op-
peln zum Ober-Regierungsrath und Dirigenten der Abtheilung des
Innern bei der dortigen Regierung zu ernennen.

Se. Excellenz der Kaiserlich Oesterreichische Oberhofmeister, Graf
von Bombelles, ist nach Köln abgereist.

Deutschland.

Posen. — Die von der aufrichtig constitutionellen Partei mit
Freude vernommene Nachricht einer Zurücknahme der Königl. Propo-
sitionen hat sich leider nicht bestätigt; die Ministerkrise ist an-
scheinend noch nicht vorüber; im Gegentheil, die Deutsche Reform, das
officiöse-ministerielle Blatt, erklärt: das Ministerium Brandenburg-
Manteuffel steht oder fällt mit der Annahme oder Zurückweisung der
Propositionen durch die Kammern; der Minister des Innern selbst soll
in den Commission's-Berathungen der Kammern geäußert haben, das
Ministerium macht aus der Annahme der Propositionen keine Rabi-
netfrage, es ist eine! Nun wohl! wir hätten vorgezogen, das Mini-
sterium hätte seinen Rücktritt erklärt vor Emanirung der Propositionen
vielleicht hätte es dadurch dieselbe abgewandt. Wir hätten dies vor-
gezogen, der Gefügigkeit des Ministeriums der That den offenbaren
Einwirkungen der Kreuzzeitungs-Partei gegenüber. In unserem
Wahl-Programm in No. 300 dieser Zeitung haben wir die Ueber-
zeugung ausgesprochen, daß weder das Ministerium, noch die Krone
selbst an eine mögliche Rückkehr der Zeit glauben kann, wo der Mo-
nach sagen dürfte: der Staat bin ich! Auch jetzt bleiben wir unse-
rer Ueberzeugung treu, wiewohl die von uns erwähnte Partei die
Hoffnung zu hegen scheint, recht bald jene Zeit zurückzuführen. Ein
zwar müssen wir mit Bedauern sagen: Eine constitutionelle Ver-
fassung haben wir noch nicht, wir befinden uns vielmehr in einem
flüchtigen, zwitterhaften Zustande, der sehr geeignet erscheint, das
Land einer neuen Revolution entgegenzuführen. Sollte dieser letztere
Fall eintreten, so ist es die constitutionelle Partei als vermittelnde und
vertrauende, welche unter demselben am schwersten wird büßen müssen.
Nichts desto weniger beharren wir dabei, daß der Wahlspruch der extre-
men Parteien: „Wer nicht für uns, ist wider uns!“ nicht der richtige
ist, weder vom menschlichen, noch vom staatsbürgerlichen Standpunkte
aus betrachtet. Der Radikalismus nach beiden Seiten hin führt nicht
zum Heil, weil er einen Vernichtungskampf beider extremen Parteien,
mithin eine, der Gerechtigkeit und Cultur Hohn sprechende Barbarei be-
dingt. Wir müssen es durchaus dahin bringen, daß die Parteien fried-
lich neben einander wohnen und dies zu erzielen, ist Sache der Partei
der rechten Mitte und einer weisen Staatsregierung. Wollte also die
letzte — wir beschwören sie feierlich — sich aufrichtig der freien Rich-
tung der Neuzeit hingeben und nicht auf die Einsüßungen jener
Finsternisse lauschen, welche wahrlich es weder mit der Krone, noch
mit der Menschheit wohlmeinen; wollte sie auch eben so wenig zu viel
Besorgnis hegen vor der Demokratie, welche in thätlicher Opposition
auszubrechen, so lange Bedenken tragen wird, als man sie nicht zum
Aeußersten treibt. Letzteres könnte aber leicht der Fall sein, wenn das
Ministerium auf die Annahme der Königl. Propositionen besteht. Was
soll uns beispielsweise ein Staatsgerichtshof für politische Verbrecher?
Derselbe widerpricht dem verfassungsmäßigen Grundsatz, daß Nie-
mand seinem persönlichen Richter entzogen werden darf; ein solches
Ausnahmegericht würde das in manchen Landestheilen leider schon
nicht sehr fest begründete Ansehen der Geschworenengerichte ganz vernichten.
Was soll uns eine erste Kammer mit einer fast ausschließlich von der
Krone ernannten Pairie? Wo haben wir einen Adel, der hinreichende
moralische Festigkeit besäße, zum Wohl des Ganzen seine durch die neu
creirte Pairie aufgeführten und vermehrten Privilegien — die an und
für sich schon verfassungswidrig sind — zu vergessen? — Was hat
Louis Philipp mit seiner zahlreich von ihm ernannten Pairie erreicht?
Hat sie sich als Stütze des Thrones bewährt, als der Königl. Pallast
unter den donnernden Artschlägen des entfesselten, gereizten Volks
erdröhnte?

Darum, noch ist es Zeit einzulenken in die constitutionelle Bahn;
wolle das Ministerium nicht damit säumen, um sich den Dank nicht
nur des Volks, sondern auch der Krone zu erwerben. Weht es aber
hievon zurück, nun so überlasse es einem anderen Kabinette die Ver-
antwortlichkeit für alle verfassungswidrigen Schritte, welche das Be-
stehen auf die 15 Propositionen nach sich ziehen muß und welches
weder unserem engeren Preussischen, noch dem ganzen Deutschen
Vaterlande zu Heil und Wohlfahrt gereichen wird!

† Berlin, den 14. Januar. Die letzte Sitzung der geogra-
phischen Gesellschaft lieferte wieder sehr interessante Mittheilun-

gen. Die Insel St. Domingo oder Hayti ist ein Punkt, der gerade
in der jüngsten Zeit vielfach die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, zum
Theil durch die an's Indische grenzende Nachschaffung Napoleons durch
Herrn Soullouque, jetzigen Kaiser Justin I. Der Professor Müller
hielt einen Vortrag über Domingo, in welchem namentlich die Ge-
schichte der Entdeckung, der ersten Europäischen Ansiedelungen und der
weiteren staatlichen Entwicklungen in's Auge gefaßt wurde. — Der
zweite Vortrag von Dr. Holzapfel berührte einen davon sehr verschie-
denen Gegenstand, nämlich die Bevölkerungsverhältnisse Frankreichs.
Es wurde darin das überraschende Resultat mitgetheilt, daß die Le-
bensdauer des Menschen in Frankreich seit der ersten Revolution so
sehr soll zugenommen haben, daß man sie durchschnittlich jetzt als dop-
pelt so lang annehmen müsse, als damals. Dies Resultat sollte sich
aus genauen statistischen Angaben ergeben, klingt aber trotz aller Zah-
len sehr unwahrscheinlich. — Der Professor Dove sprach sodann über
den verschiedenen Maßstab, der vom wissenschaftlichen und der vom
praktischen Standpunkt bei Werthschätzung von Seekarten und dergl.
anzulegen sei. — Professor Karl Ritter theilte darauf mehrere aus
weiter Ferne eingegangene Schreiben mit, in denen interessante Beob-
achtungen niedergelegt waren. Darunter waren auch Briefe von den
beiden Afrikanischen Reisenden, Dr. Barth und Dr. Overweg, über
deren nähere Beziehung zur geographischen Gesellschaft ich Ihnen neu-
lich schon Bericht erstattet habe. Die Briefe waren von dem letzten
Europäischen Stationsorte, von Marseille. — Die geographische Ge-
sellschaft gehört zu den interessantesten gelehrten Gesellschaften Berlins,
und ist vielleicht die besuchteste von allen. Sie zählt Mitglieder von
allen Ständen und Klassen; namentlich zahlreich darin sind die Offi-
ciere, und auch diese von allen Rangabstufungen, von dem jungen
Secunde-Lieutenant bis zur höchsten Generalität, ja bis zu den er-
lauchten Persönlichkeiten, denn Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert
von Preußen ist Mitglied der Gesellschaft, und zwar nicht dem Namen
nach, sondern auch ein sehr fleißiger Besucher der Sitzungen. Außer-
dem hat die Gesellschaft zu Mitgliedern Männer wie Alexander von
Humboldt, Leopold v. Buch, den Fürsten Bäder-Miskau, den
Schloßhauptmann Grafen Arnim (bekannt durch seine „flüchtigen Be-
merkungen eines flüchtig Reisenden“) und fast alle in irgend einem
Gebiete der Wissenschaft ausgezeichneten Männer Berlins.

— Die Tage des 17., 18. und 19. d. M., an welchen der große
Kongreß des Treu-Bundes für König und Vaterland hier selbst abge-
halten werden wird, wozu bereits zahlreiche Anmeldungen nicht allein
aus dem Preussischen Staate, sondern auch aus den Nachbarstaaten
eingegangen sind, lassen schon im Voraus ein für das Vaterland Heil
bringendes Resultat erwarten.

— Ein hiesiger namhafter Polizeibeamter (Polizeirath Hoffrich-
ter) ist gegenwärtig auf Reisen geschickt, um im Auslande von den
Einrichtungen der öffentlichen Häuser Kenntniß zu nehmen. Das
Bedürfnis ihrer Wiederherstellung hat sich hier besonders aus sani-
tätlichen Rücksichten so sehr geltend gemacht, daß mit derselben
unverzüglich verfahren werden wird. Zugleich soll ein ganz neues
Reglement erfolgen. Dabei scheint man die Erfahrungen des Aus-
landes benutzen zu wollen. Wie es heißt, würde eine nicht unbeden-
tende Zahl von Concessionen in gleichmäßiger Vertheilung auf die
verschiedenen Stadtviertel erfolgen, dagegen die Anlage ganzer Stra-
ßen nicht wieder gestattet werden. Jedes einzelne Haus erhält strenge
polizeiliche Aufsicht und überhaupt nur für eine begrenzte Zahl weibli-
cher Insassen die Erlaubniß.

— Der hiesige Frauenverein zur Beschaffung eines vaterländi-
schen Kriegsschiffes hat eine so unermüdbare Thätigkeit entwickelt,
daß er in Kurzem im Stande sein wird, den Bau desselben beginnen
zu lassen.

— Die auf heut angelegten Sitzungen beider Kammern
sind ausgefallen, weil man noch immer in den Commissionen, wie in
den Fractionen mit den Rückführungen über die Verfassung beschäf-
tigt ist. (C. C.) — Wie es scheint, würde die Majorität der 2. Kam-
mer geneigt sein, gegen Bewilligung des unbeschränkten Steuerbe-
willigungsrechts, die neuen Verfassungsänderungen zu genehmigen;
die Verfassungs-Angelegenheit ist somit recht eigentlich in dem Stadium
des Handelns und Wiens. Heute Vormittag fand ein Ministerrath
statt, in welchem über diese event. Gegenforderung der Kammern ver-
handelt worden sein soll. Heute Abend soll wieder eine Sitzung
der Verfassungs-Kommission in dieser Angelegenheit stattfinden.

Berlin, den 14. Januar. (Berl. N.) Anlage-Akte gegen
diejenigen Mitglieder der aufgelösten National-Versammlung, welche
den f. g. Steuerverweigerungs-Beschluß nicht nur mitgestimmt, sondern
auch auszuführen versucht haben. (Schluß.)

Die vorgetragenen Thatfachen geben einen Belag für die feind-
selige Gesinnung, mit welcher diejenigen Abgeordneten, welche der f.
Botschaft vom 8. November ungetreuet, ihre Zusammenkunft fortge-
setzt, und sich als „National-Versammlung“ gerirt haben, in einer
Reihe von ungesetzlichen Handlungen insgesammt gegen die Regie-
rung verfahren sind. Ein großer Theil von ihnen ist aber hierbei
nicht stehen geblieben, sondern hat sich zu Handlungen hinreißend las-
sen, welche nicht bloß als ungesetzlich, vielmehr geradezu als Verbre-
chen bezeichnet werden müssen, und deshalb der strafrechtlichen Ab-
handlung unterliegen. Als solche sind namentlich anzusehen: 1) die Ver-
breitung des in der Sitzung vom 15. November gefaßten Beschlusses
wegen Nichtberechtigung des Ministeriums zur Verwendung von
Staatsgeldern und Erhebung von Steuern, soweit solche in der Ab-
sicht erfolgt ist, das Volk zur Nichtzahlung der Steuern aufzureizen.
Es liegt hierin der Versuch eines nach §§. 167. ff. Tit. 20. Th. II.
des V. L. R. zu bestrafenden Aufstubs, denn sie zielt darauf ab, durch
die zu unterlassende Steuerzahlung die Krone, wenn nicht zur Entlas-
sung des Ministeriums Brandenburg, so doch zur Zurücknahme der
Sitzes der National-Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu
zwingen. Der §. 167. a. a. O. lautet: „Wer eine Klasse des Volkes,

oder die Mitglieder einer Stadt- oder Dorfgemeinde ganz oder zum
Theil zusammenbringt, um sich der Ausführung obrigkeitlicher Verfüg-
ungen mit vereinigter Gewalt zu widersetzen, oder etwas von der
Obrigkeit zu erzwingen, der macht sich eines Aufstubs schuldig.“
Wenn gleich nun in der Aufreizung zur Verweigerung der Steuern die
direkte Aufforderung zu einer vereinigten physischen Gewalt nicht aus-
gesprochen ist, so wird hierdurch die Anwendung des angeführten Straf-
gesetzes nicht ausgeschlossen. Die in letzterem gebrauchten Worte „mit
vereinigter Gewalt“ beziehen sich nur auf die erste Alternative der im
Gesetz erwähnten zwei Fälle des Aufstubs, wenn nämlich eine Klasse
des Volks zc. zusammengebracht wird, um sich der Ausführung obrig-
keitlicher Verfügungen mit vereinigter Gewalt zu widersetzen, nicht auf
die zweite hier vorliegende Alternative, wenn von der Obrigkeit etwas
erzungen werden soll; hier genügt es, daß der Zwang durch Hand-
lungen einer ganzen Klasse des Volks zc. geübt werden soll, wenn diese
Handlungen selbst gleich nicht als gewaltsame zu bezeichnen sind. Un-
ter dem im Gesetz erwähnten Zusammenbringen einer Klasse des Volks
z. c. ist aber nicht gerade ein räumliches Zusammenbringen an demsel-
ben Orte, sondern auch die Hinleitung zu Handlungen zu demselben
Zweck zu verstehen, und ein solches liegt in der Aufforderung zur
Steuerverweigerung, sobald sie derartig verfaßt ist, daß sie zur
Kenntniß der Bewohner einer Provinz, einer Stadt oder eines Dor-
fes gelangt. 2) Die Abfassung und Verbreitung der in den eingerei-
chten Akten befindlichen Proclamation d. d. Berlin den 18. November
1848, mit der Ueberschrift: „Preußen!“, welche durch Druck und Li-
thographie vervielfältigt von den Verfassern an diejenigen, der königl.
Botschaft zuwider forttragenden Abgeordneten vertheilt und von diesen
verbreitet worden ist. Die Proclamation lautet wörtlich: Preußen!
Die National-Versammlung hat gegen die ungesetzlichen Gewaltmaß-
regeln des Ministeriums Brandenburg an das Preuß. Volk appellirt
und Millionen haben geantwortet. Mit einstimmigem Jubel hat man
unsere Beschlüsse für die Ehre und Freiheit des Vaterlandes aner-
kannt. Auch die Krone hat die Volksstimme aufgeföhrt, sich zu er-
heben. Es ist geschehen, und — man sperrt den König ab vom
Volke! „Man könne nicht zugeben,“ hat das Ministerium Branden-
burg die Stirne, öffentlich zu sagen, „daß das Gefühl des Königs
weich gemacht werde!“ Eure Adressen werden nicht überreicht, Eure
Deputationen nicht vorgelassen. Der König ist nicht mehr frei, von
einer verbrecherischen Schaar bewacht, die ihm die Erhebung des gan-
zen Landes geslistlich verbirgt, um Thron und Vaterland ihren hoch-
verräterischen Plänen zum Opfer zu bringen. Der Sitzungs-Saal,
die Bureau der National-Versammlung sind zu Wachstuben gewor-
den, unser Archiv, die wichtigsten Dokumente, darunter über 12,000
Petitionen aus allen Theilen des Landes, werden von den Soldaten,
den verblendeten Söhnen des Vaterlandes, zerrissen, umhergeworfen;
man hat die Herausgabe dieser Papiere unserem Präsidenten wieder-
holt verweigert. Was sind diesen Menschen die Wünsche, die Rechte
und Freiheiten von 16 Millionen Preußen! Und wie man Eure
Petitionen mit Füßen tritt, so bringt man mit Bajonetten in die Be-
rathungen Eurer Vertreter, bricht ohne Schen die vom Könige selbst
publicirten Gesetze über den Schutz der persönlichen Freiheit, das Haus-
recht, und verhängt Belagerungszustand und Standrecht, wo die gehei-
lichen Personen der Abgeordneten tagen. Ein Treubruch, so schändlich
und offenbar, wie ihn die deutsche Geschichte nicht kennt! Lügen, Ver-
drehungen aller Art, gehen in amtlichen Erlässen in das Land, die
Zeitungen werden gezwungen, ihnen ihre Spalten zu öffnen, wäh-
rend man die Stimme der Wahrheit in der Presse mit drohen-
der Gewalt ersticht. Aber es hat ihnen nichts geholfen! Die
Nationalversammlung harret muthig aus, und die Plätze der Deputir-
ten, welche pflichtwidrig und feig ihren Posten verlassen haben, füllen
sich von Tag zu Tag, indem die Stellvertreter von selbst herbeieilen,
um an der Ehre und an der Gefahr dieser Lage Theil zu nehmen.
Wenn die über uns verhängte rohe Gewalt auch eine kostbare Zeit von
Tagen und Wochen raubt, welche bei unseren dringenden Arbeiten
zum Wohl des Volkes hätten verwendet werden können; so hat man
uns doch nicht abzuhalten vermocht, den Kampf gegen die brutale Ge-
walt mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Die An-
klage des Ministeriums wegen Hochverrats ist eingeleitet und demselben
die Verwendung der Staatsgelder und die Erhebung der Steuern durch
einstimmigen Beschluß vom 15. November untersagt. So haben wir
das letzte parlamentarische Mittel erschöpft. An dem Volke ist es,
unsere Beschlüsse auszuführen. Berlin, den 18. Nov. 1848. Der
Abgeordnete des Kreises. Die Schlusssätze der Proclamation enthal-
ten einen deutlichen Aufruf an das Volk zur Steuerverweigerung,
und sonach liegt in der Abfassung und Verbreitung dieser Proclama-
tion gleichfalls der Versuch zur Erregung eines nach §. 167. Thl. 2.
Tit. 20. des V. L. R. strafbaren Aufstubs. Gegen diejenigen Mit-
glieder der aufgelösten Preuss. National-Versammlung, welchen vor-
gedachten Steuerverweigerungs-Beschluß vom 15. November 1848
in der Absicht und zu dem Zwecke, demselben Folge zu verschaffen,
und dadurch die Krone zur Entlassung des Ministeriums Brandenburg,
resp. zur Zurücknahme der angeordneten Verlegung des Sitzes der
National-Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu zwingen,
verbreitet haben, so wie gegen diejenigen, welche sich an der Abfassung
und Verbreitung der Proclamation vom 18. Nov. 1848 zu gleichem
Zweck und in gleicher Absicht betheiligt haben, wird die gegenwärtig
Anklage gerichtet und ausdrücklich bemerkt, daß die bloße Theilnahme
an den Sitzungen und Beschlüssen der ungetreuet der Königl. Botschaft
vom 8. Nov. 1848 forttragenden Abgeordneten, namentlich am Steu-
erweigerungs-Beschlüssen zum Gegenstand der Anklage nicht gemacht
wird. Diejenigen Abgeordneten, welche es unternehmen haben, den
sogenannten Steuerverweigerungs-Beschluß im Lande zur Ausführung
zu bringen, können auf die ihnen im §. 1. des Gesetzes vom 23. Juni
1848. (Gesetz. 1848. S. 157.) zugesicherte Unverantwortlichkeit sich
nicht berufen, weil diese sich nur auf ihre Abstimmungen, ausgespro-
chenen Worte und Meinungen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete,
nicht auf alle anderweitigen Handlungen bezieht, welche sie während

ihrer Amtes als Abgeordnete begeben. Hinsichts dieser sind sie gleich den übrigen Staatsbürgern dem Gesetze verantwortlich.

Es sind für die Verhandlungen dieses Nonstre-Prozesses vierzehn Tage bestimmt. Voraussichtlich werden diese Tage mit den Neben der Angeklagten und deren Verteidiger allein ausgefüllt werden, da die Zahl der Belastungszeugen wenigstens eine sehr geringe ist. Der Schwurgerichtspräsident für diese Verhandlungen ist noch nicht ernannt. Die Anklagen sind bereits sämtlichen Angeklagten zugegangen.

(Bresl. Ztg.) Seit vorgestern hat sich im Wesentlichen in der Verfassungsfrage nichts geändert. Jedenfalls scheint festzustehen, daß der gestrige Ministerrat dem Könige gegenüber erfolglos gewesen ist. Der Centralausschuß der ersten Kammer dürfte übrigens heute mit seinen Arbeiten fertig werden, und die Plenarberatung ist danach vielleicht am Donnerstag oder am Freitag zu erwarten. — Am vorgestrigen Nachmittag hielt die Verfassungs-Kommission der zweiten Kammer ihre Sitzung, an welcher sich das Ministerium in den Personen der Herren v. Brandenburg, v. Mantouff, Simons und v. d. Heydt betheiligte. Graf Brandenburg entwickelte in einem längeren Vortrage die bekannte Ansicht, daß es unmöglich sei, bei der Stellung Preußens im Europäischen Staatensystem die Vortheile einer starken centralisirten Verwaltung aufzugeben, wie dies geschähe, wenn man der zweiten Kammer das Steuerbewilligungsrecht einräumte. Das konstitutionelle System sei in dieser Beziehung nur in England konsequent durchgeführt worden, und habe dort, wo man gewohnt sei, einen auswärtigen Feind nicht zu fürchten, durchgebildet werden können, allein in Preußen, wo man immer mit der Hand am Schwerte auf der Wacht stehen müsse, da könne es die Regierung nicht darauf ankommen lassen, daß ihr die Volksvertretung hemmend in den Weg trete. Das Beachtenswerthe hierbei war, daß das Ministerium selbst eine konsequente konstitutionelle Entwicklung mit der Verfassung Preußens unvereinbar zu halten schien — eine Ansicht, die von der Kommission nicht ohne tiefen Eindruck vernommen ward. Die Kommission glaubt mit ihren Beratungen morgen Abend fertig zu werden. Der von ihr ernannte Berichterstatter, Herr Simon, bearbeitet den ersten Theil des Berichts heute, so daß er bis morgen gedruckt sein kann, und den morgen Abend zu beratenden Schluß am Dienstag, so daß er am Mittwoch in die Hände der Abgeordneten gelangt. Da jedoch diesen zur Erwägung desselben drei Tage Zeit gelassen werden muß, so würde danach in der zweiten Kammer die Beratung nicht vor dem künftigen Sonnabend stattfinden können. Wir brauchen nicht erst hinzuzufügen, wie aus diesem Allem hervorgeht, daß unsere schon vorgestern geäußerten Ansichten bis jetzt noch durch nichts widerlegt sind. Die Krone dürfte schwerlich neue Concessionen machen. Dann werden die Vorlagen verworfen, das Ministerium tritt ab, es folgt ein Kreuzzeitungs-Ministerium und damit unausbleiblich eine abermalige Kammerräufung. Wir entschlagen uns sogar je länger immer weniger der Ansicht, daß dieser ganze Plan, als ein wohlwogener, längst fertig lag. Haben wir Unrecht, wir werden die Ersten sein, es zu bekennen.

Berlin, den 15. Jan. (Const. Ztg.) Bei den von verschiedenen Seiten her laut werdenden Klagen über die Concurrenz, welche dem Handwerkerstande durch die Fabrikation in den Strafanstalten gemacht wird, lassen sich sehr häufig Stimmen vernehmen, die eine Beschäftigung der Gefangenen mit Arbeiten der Garten- und Feldwirtschaft anempfehlen. Dabei scheint von der Voraussetzung ausgegangen zu werden, als sei das bisher noch nicht geschehen. In der Verathung der Kommission der zweiten Kammer für Handel und Gewerbe ist Seitens der Regierung darauf hingewiesen worden, daß eine derartige Verwendung der Sträflinge schon seit 1845 grundsätzlich stattfinde. Namentlich geschehe dies in den Anstalten zu Wartenburg, Rawicz, Brieg, Brandenburg, Sonnenburg, Lichtenburg, Halle, Werben, in größerer Ausdehnung aber zu Gersdorf, Mühlstein, Nau-gard und Jüterburg. Nichts desto weniger wird aber doch der größte Theil der Sträflinge stets in anderer Art beschäftigt werden müssen, und namentlich mit Weberarbeiten. Um hierbei indeß örtliche Verhältnisse möglichst berücksichtigen zu können, wird die Regierung sich in der Wahl der einer Strafanstalt zuzuweisenden Arbeitszweige durch die gutachtlichen Aeußerungen des nächsten Gewerberathes leiten lassen. — Nachdem durch königlichen Erlaß vom 21. v. M. bestimmt worden, daß der Präsident des Breslauer Consistoriums, Herr von Nechtritz, die Direktorial-Geschäfte bei den Abtheilungen für die inneren und äußeren evangelischen Kirchenangelegenheiten im Cultus-Ministerium wahrnehmen soll, ist der Ober-Präsident von Schlesien, Hr. v. Schleinitz, einstweilen und bis auf weitere Bestimmung, kommissarisch mit der Wahrnehmung der Präsidial-Geschäfte bei dem Consistorium beauftragt worden. — Vor dem Ausbruch der letzten Cholera-Epidemie erging auch hier an die Wundärzte zweiter Klasse, Seitens des Polizei-Präsidenten, das gewöhnliche Rundschreiben über die An- und Abmeldung der Cholera-Kranken u. s. w. Darauf hin ergab es sich, daß Wundärzte auch Cholerakranke behandeln. Das Polizei-Präsidenten sah sich darauf veranlaßt, den Wundärzten die Behandlung zu verwehren, worauf sich die Wundärzte an das Ministerium der Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten wandten. Das Ministerium verfügte nun, daß zur Zeit von Epidemien auch die Wundärzte zweiter Klasse in Nothfällen Kranke sollten behandeln können. Dies würde die Medizinal-Reform-Maassregeln wesentlich bestimmen und von der bisherigen Praxis durchaus abweichen. — Bei einem hiesigen sehr bedeutenden Handelshause gelangte kürzlich der Ausruf stattgehabten Versammlung einer sogenannten freien Gemeinde erregte das Erscheinen eines sehr bekannten pietistischen Geistlichen, der sich in seiner Weise an den Debatten der Versammlung zu betheiligen versuchte, einen solchen Tumult, daß die Polizei die Versammlung auflösen zu müssen glaubte. — Vor dem Schwurgerichte wurden heute zwei Diebstahlsfälle verhandelt. In dem einen Falle stand eine alte Frau wegen vierten Diebstahls vor den Schranken. Kaum aus der Strafanstalt entlassen, hatte sie sich wieder zu demselben Verbrechen verführen lassen und ein Bund Schlüssel, von geringem Werthe, gestohlen. Die Geschworenen sprachen das „Schuldig“ und der Gerichtshof eine lebenswichtige Zuchthausstrafe aus. Bei der Verkündung des Urtheils fiel die Angeklagte in Ohnmacht und mußte aus dem Saale getragen werden. In gleicher Zeit hörte man aus dem

Zuhörerraume einen durchdringenden Schrei, der von der Tochter der Verurtheilten herrührte.

(Berl. N.) Die Nachricht, daß der Appellationsgerichts-Präsident v. Gerlach in Magdeburg zum Chef-Präsidenten des hiesigen Appellationsgerichts in Vorschlag gebracht worden sei, und daß an seine Stelle der Präsident Benzler aus Ratibor nach Magdeburg und der Präsident v. Stampff von hier nach Ratibor versetzt werden solle, ist, wie aus glaubwürdiger Quelle versichert wird, völlig unbegründet. Ebenso unrichtig ist es, daß neuerdings fünf richterliche Beamte aus politischen Rücksichten ihres Amtes entlassen worden seien; die fünf Justizbeamten, auf welche sich diese Mittheilung bezieht, sind, wie die letzte Nummer des Justiz-Ministerialblattes ergibt, Referendarien, also keine richterliche Beamte, sondern solche, die es erst werden wollen. Ihre Entlassung aus dem Justizdienst ist dem Vernehmen nach auf den Antrag des vorgesetzten Appellationsgerichts in Halberstadt, und zwar in Folge tadelhafter Führung und begangener strafbarer Vergehen, auf Grund des §. 91 der Verordnung vom 11. Juli v. J. erfolgt. — Die in Preußen gegenwärtig bestehenden 400 conservativ-constitutionellen Vereine haben sich bereits gegen die unbedingte en bloc-Akzeptanz des Reichsverfassungs-Entwurfs vom 26. Mai v. J. erklärt. In Westphalen und der Rheinprovinz ist die politische Thätigkeit jetzt weniger, als sonst, reger. Die erstere Provinz war auf dem am 7. und 8. d. hier gehaltenen Congreß conservativ-constitutioneller Vereine gar nicht, die letztere nur durch den Duisburger Verein vertreten. — Aus mehreren Landestheilen lauten die Berichte dahin, daß die Landleute nur schwer zum Wählen nach Erfurt zu bewegen sein würden. Viele haben erklärt, daß sie dies nur auf den besonderen Wunsch des Königs thun würden. — Am 12. d. M. Abends sah sich der zur Beaufsichtigung einer demokratischen Versammlung in dem locale Schönhofen Allee Nr. 156 commandirte Polizeibeamte veranlaßt, diese wegen aufreizender Aeußerungen eines Vortragenden aufzulösen und zum Auseinandergehen aufzufordern. Bei der Entfernung aus dem Lokal, unmittelbar vor demselben, wurde dieser und ein zweiter Beamter plötzlich umringt, ihm der Mantel abgerissen, der Hut vom Kopfe geschlagen und der Säbel entwunden. Sodann schlug man unter dem Rufe: „haut ihn todt“, mit Knütteln und Stöcken auf ihn ein, so daß das Blut über den Kopf lief. Der Vorsitzende dieser Versammlung, die derartige im Gefolge hatte, war der ehemalige Professor am Joachimsthal'schen Gymnasium, Krüger. — Auch in der Versammlung der demokratischen Partei des 90. Bezirks, unter Vorsitz des Dr. med. Storch, ging es an demselben Abende etwas stürmisch her. Die Debatte drehte sich indeß hier nur um die Wahl des Vorsitzenden, und es wurden der Schuhmacher Kappobst zum ersten Präsidenten, und der Dr. Storch zum Vice-Präsidenten wieder gewählt. — Bei einer Schlägerei zwischen Soldaten in der Johannisstraße ward vorgestern Abend einem Musketier durch einen Säbelhieb eine sehr erhebliche Kopfverletzung beigebracht. — Vorgestern früh gerieth in sogenannten Insel-Actienpeicher an der Fischerbrücke eine mit Phosphor gefüllte Kiste in Brand. (Vergl. Wien, die neuere Erfindung.)

Breslau, den 13. Januar. Die wichtigsten constitutionellen Organe der Provinz, die „Breslauer“ und „Schlesische Zeitung“ sprechen sich gestern und heute wenig günstig über die neue k. Votschaft aus. — Nach der „N. O.-Ztg.“ hat das Appellationsgericht ungefähr 30 Mandatbefugnisse außer Anlaufzustand gesetzt. Nach demselben Blatte hat der Magistrat den bisher der deutsch-katholischen Gemeinde bewilligten Zuschuß abgelehnt. — In Liegnitz ist vorgestern der zweite Redakteur der „Silesia“, Becker, von den Geschworenen freigesprochen worden. — In Delfer Kreise müßten mehrere Lehrer wegen ihrer demokratischen Gesinnung von dem Landrath verworfen werden.

Ratibor, den 13. Jan. (Bresl. Ztg.) Montag den 2. d. M. beginnt die dritte Sitzungsperiode des hiesigen Schwurgerichts, dem wiederum Kreisgerichtsdirektor Grothe präsidiren wird. Die Sitzung selbst wird an 14 Tage dauern und mehrere recht sehr interessante Fälle vorführen. Es kommen namentlich vor: Anklagen wegen Majestäts-Beleidigung, Erregung von Mißvergüngen gegen die Regierung, Beleidigung gegen Beamte mit Bezug auf ihr Amt, Aufruhr und Insulten auf öffentlicher Straße, Straßenraub, Todtschlag, zweiten gewaltsamen Diebstahl, vorsätzlicher Brandstiftung, und wegen 4ten Diebstahls.

In diesen Tagen kauften mehrere Gutsbesitzer aus dem Großherzogthum Posen aus einer benachbarten, berühmten Schafherde Stähre und Muttern. Ein Wächter, in der Schafzucht ein Neuling, hatte die Gutsbesitzer begleitet und verspürte auch die Lust, seine Herde zu verbessern, nur ging es ihm um die Ausgaben. Er nahm deshalb den Besitzer der Schafherde bei Seite, sagte ihm seinen Wunsch und meinte, er wolle wenigstens ein Mutterlam kaufen, um doch einen Anfang zur Bildung einer Stammbrede zu machen. Er hatte die Freude, daß der Gutsbesitzer ihm unter Lachen das gewünschte Lamm schenkte.

Woißhuf, den 5. Januar. Am gestrigen Tage ist ein Mann von hier, der Abends nach der kaum ½ Meile entlegenen Kolonie Glasowka einen Gang machte, auf dem Rückwege — da er irre gegangen war — erfroren. Derselbe hinterläßt eine zahlreiche Familie in großem Glande. (Bresl. Z.)

Vesterreich.

LNB Wien den 13. Januar. Nach Mantua haben in letzter Zeit große Truppenmärsche und von dort weiter stattgefunden; J. J. M. d'Aspre verweilte dort einige Tage und reiste sodann mit seinem Generalstabe nach Padua. — In Venedig ist die Thätigkeit im Geschäftsverkehr noch immer sehr beschränkt. Die Ausbebung des Freihafens ist den ausländischen Manufaktur-, Quineallerie- und Kolonialwaaren sehr nachtheilig und man fürchtet, daß viele Kaufleute, deren Interesse daran geknüpft ist, Venedig verlassen werden. — Das einzige polnische politische Journal in Galizien, der „Gaz“ adoptirt die Ideen Palaczky's. Die Centralisationsgedanken der „österreichischen Reichs-Ztg.“ werden vom „Gaz“ für modernen Despotismus erklärt. — Die Schneeverwehungen im Abelsberger Kreise sind so groß, daß die Truppentransporte von und nach Italien vor der Hand eingestellt bleiben. — Aus Ungarn wird über Vernehmung der Kautheiere geklagt, und dieselbe dem Mangel an Waffen beigemessen; namentlich ist es in der Umgegend von Preßburg, wo sich Wölfe zeigen.

— Correspondenzen aus Brünn sagen, daß Auftritte, die sich immer häufiger unter dem Landvolke ergeben, tiefe Blicke in die bisherige Verwahrlosung des größten Theils der Landbewohner in Bezug auf Sitte und Moralität gestatten. Als dringendes Bedürfnis erweist sich daher schleunige Organisation und hinreichende Dotirung der Primarschulen, da diese auf eine bessere Bildung des Ackerbauers hinwirken können.

— Den 14. Januar. Aus Bosnien wird gemeldet, daß man dort, namentlich in Travnik, öffentlich davon spreche, daß es im Frühjahr zum Kriege zwischen der Pforte und Vesterreich kommen

würde. — Der evangelische Pfarrer von Droszhaga, Paul Balassa, wurde, da er unterlassen, ein Rundschreiben des k. Kommissars von der Kanzel zu verkünden, seines Amtes entsetzt. Die Protestanten, bemerkt die „Preßburger Zeitung“, haben es wirklich nicht verschuldet, daß man mit ihnen so kurzweg verfähre. Haben sie doch in Kirchen und Schulen ihre eigenen Vorrechte; — allein so weit man von der Sache unterrichtet ist, läßt man ihnen die Verordnungen nicht auf gewohnten Wege durch ihre eigenen Organe zukommen. — Es heißt, daß der ehemalige Vice-Gespan von Pesth, Paul v. Nyari, zu mehrjähriger Festungsstrafe verurtheilt werden soll. — Für die ersten sechs Vorstellungen des „Propheten“ sind bereits alle Logen und Sperrsitze vergeben. Der Chor dieser Oper wird auf 40 Männer und 30 Damen vermehrt. Die Atteliers aller Dekorationsmaler in Wien sind für dieselbe in Requisition gesetzt und man schlägt den Kostenaufwand für die Inszenierung auf 20,000 fl. C.-M. an. Meyerbeer wird zur Direktion der ersten Vorstellungen schon zu Ende nächster Woche erwartet. — Die Eröffnung der Prag-Dresdner Eisenbahn wird dem Vernehmen nach im Monat April d. J. stattfinden. — Der hiesige Professor Schrötter machte eine Erfindung, wodurch der leicht entzündliche Phosphor in einen völlig indifferenten, erst bei sehr hoher Temperatur entzündlichen Körper verwandelt wird. (vergl. Berlin.)

Großbritannien und Irland.

London, den 9. Jan. (Köln. Ztg.) In einer gestern im Schlosse zu Windsor von der Königin abgehaltenen Geheimraths-Sitzung ist die weitere Prorogation des Parlaments vom 16. bis auf den 31. Januar beschlossen worden. Eine königl. Proklamation fordert die Parlaments-Mitglieder auf, sich an dem genannten Tage zu versammeln, um ihre Geschäfte zu beginnen. — Die Zeitungen melden den gestern in London erfolgten plötzlichen Tod des durch seine Werke für den Ueberland-Weg nach Indien bekannten Lieutenant's Baghorn. Der Verstorbenen war erst am Weihnachtstage aus Malta, wo er sich einige Zeit seiner Gesundheit wegen aufgehalten hatte, zurückgekehrt. Er hat nur das 49. Jahr seines Alters erreicht. Seine ursprünglich eiserne Constitution soll namentlich durch Sorgen, welche ihn in Folge von Geldverlegenheiten drückten, zu Grunde gerichtet worden sein. In der Anzeige seines Todes in der „Times“ lesen wir: „Abgesehen von den Hauptvorfällen seiner Lebensgeschichte, welche mit der Indischen Ueberland-Unternehmung, die seinen Namen als den eines der größten praktischen Wohltäter der Menschheit in unserem Zeitalter unsterblich macht, zusammenhängen, war seine Laufbahn eine äußerst merkwürdige, voll der merkwürdigsten Wechselfälle und reich an Charakterzügen, welche in jeder Hinsicht ein dauerndes Andenken verdienen.“

London den 11. Januar. Der vierte der politischen Briefe über Deutschland von Germanicus enthält u. A. Folgendes: „Die politische Wichtigkeit der gegenwärtigen Frankfurter Kommission ist beschränkt, und dies aus dem einfachen Grunde, weil in der Beschränkung die Bedingung ihrer Dauer liegt. Ihre Wichtigkeit darf jedoch deshalb nicht unterschätzt werden. Jede politische Maschinerie zur Erhaltung des Friedens ist ein treffliches Ding; und hier handelt es sich um den Frieden von 70 Millionen im Herzen Europas. Die Frankfurter Kommission ist zur Stunde das einzige gesetzmäßige Organ, welches von allen Gliedern des alten Bundes von 1815 anerkannt ist, und es ist schon viel für Deutschland, für Europa, daß überhaupt ein solches Organ da ist. Was zunächst Deutschland betrifft, so kann sie, wenn sie sich innerhalb ihrer Befugnisse hält, nicht vielen Schaden thun; zwei auseinandergehende Parteien, Oesterreich und Preußen, müssen für jeden vorzunehmenden Akt übereinstimmen. Wie gut das ist, geht schon daraus hervor, daß die Kommission nicht wie der durch Oesterreich von 1815—18 geleitete Bundestag der große Kerkermeister Deutschlands, der mächtige Verteiliger konstitutioneller Freiheit sein kann. Ueberdies kommt dadurch die deutsche Frage zur endlichen Lösung. Jene Kommission ist eine feierliche Erklärung und praktische Demonstration, daß Oesterreich und Preußen entschlossen sind, Frieden zu halten unter einander und mit dem übrigen Deutschland und das Bündniß nach außen zu schützen. — Auf alle Fälle ist jetzt eine Stelle geschaffen, welche zu untersuchen hat, was aus den 6 oder 7 Millionen Thalern geworden ist, die das „Frankfurter Reichs-Ministerium“ verausgabte hat für alte und neue Kauffahrteischiffe, Ausrüstung von Kriegsschiffen und Ankauf amerikanischer Dampfer mit schlechten Maschinen. Das sind schon beträchtliche Vortheile, und gewiß auch dauernde, wenn nicht mehr versucht wird, und vor Allem, wenn man nicht etwa darauf ausgeht, die plumpeste und diskreditirteste politische Maschinerie des modernen Europa's wiederherzustellen. Der Bestand jener Kommission ist der beste Niegel gegen jeden Versuch, von Westen oder von Osten, den Fortschritt Deutschlands zur nationalen Unabhängigkeit und konstitutionellen Freiheit zu hemmen. Wir glauben keineswegs, daß man mit einem derartigen Versuche jetzt umgehe, noch wird Frankreich oder Rußland etwas Feindliches unternehmen, wenn die deutschen Regierungen ihre Pflicht thun. Lächerlich war es schon 1847, die Schweiz polonistren zu wollen; das Werk deutscher Wiedergeburt jedoch stören zu wollen, wäre geradezu Wahnsinn. — Gewisse deutsche Kabinets- und auch nachgerade jetzt aufhörend, fremde Mächte zu belästigen und den deutschen Namen zu beschimpfen durch Anrufung fremder Intervention und „Schutzes“ à la Napoleon. Was sie indeß auch thun mögen, Frieden wird gehalten werden innerhalb des Bundes unter den vereinigten Auspizien Oesterreichs und Preußens und der Bestimmung der anderen Staaten, zur Genugthuung aller europäischen Mächte. — Mit dem 1. Mai d. J. erlischt die Gewalt der Kommission; die Prorogation wird aber keine Schwierigkeiten machen, wenn jene ihre Grenzen nicht zu überschreiten sucht.“

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 6. Januar. (Journ. de St. Petersburg.) Die verderblichen Lehren, welche in dem ganzen westlichen Europa Unruhen und Aufstände herbeiführten, und die Ruhe und das Glück der Nationen vollständig zu vernichten drohten, haben unglücklicherweise einen, wenn auch schwachen Wiederhall in unserm Lande gefunden. Aber in Rußland, wo sich der Glaube, die Liebe zum Monarchen, und die Hingebung für den Thron, gegründet auf den Charakter der Nation, unerschütterlich in allen Herzen erhalten haben hätten die böswilligen Absichten einer Handvoll vollkommen unbedeutender junger und zum größten Theil von aller Moralität entblöhter Menschen, welche von der Möglichkeit, die heiligen Rechte der Religion, des Gesetzes und Eigenthums mit Füßen treten zu können träumten, nur dann eine gefährliche Entwicklung annehmen können, wenn die Wachsamkeit der Regierung das Uebel nicht in seinem Anfang entdeckt hätte. Aus der Untersuchung geht hervor, daß eine Zahl junger Leute, die Einen wirklich verberbt an Herz und Geist, Andere Opfer tödtlicher Einflüsterungen, eine geheime Gesellschaft gebildet hatten, deren Zweck es war, unsere politische Organisation umzustürzen, um eine andere nach ihrer Art, welche nichts weiter als Anarchie

gewesen wäre, an die Stelle zu setzen. Schmähungen, verwegene Anschläge gegen die geheiligte Person des Kaisers, Darstellung der Handlungen der Regierung in einem ganz falschen Lichte, das war das Programm dieser Vereinigung, das waren die Fragen, welche man verhandelte, indem man den Augenblick, diese unheilvollen Pläne ins Werk zu setzen, erwartete. Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers wurde eine Untersuchungs-Commission niedergesetzt. Nachdem dieselbe, nach 5 monatlichen sorgfältigen Nachforschungen, ihren Bericht erstattet hatte, geruhte Se. Maj. allen den Personen, welche durch Zufall oder aus Unbesonnenheit in das strafbare Complot hineingezogen worden waren, eine volle Amnestie zu gewähren. Was die wahren Schuldigen betrifft, so wurden sie von einer Militair-Commission gerichtet, deren Entscheidung von dem General-Auditorat geprüft, die Angeklagten des Complots zum Umsturz der bestehenden Gesetze und der staatlichen Ordnung des Kaiserthums für schuldig erklärte und sie zum Tode durch Erschießen verurtheilte. Es sind deren 21, nämlich: (folgen die Namen). Es sind ein Capitain des 2. Gard.-Reg., mehrere Lieutenants, niedere Beamten, Lehrer und Studenten.) Nachdem Se. Maj. von dem Bericht des General-Auditorats Kenntniß genommen, geruhte er seine Aufmerksamkeit auf die Umstände zu wenden, welche eine Milderung des Urtheils herbeiführen könnten, und befahl, in Folge dessen, daß der Richterspruch den 21 Verurtheilten vor den versammelten Truppen verlesen, und ihnen, nachdem alle Vorbereitungen der Todesstrafe getroffen wären, angekündigt werden solle, daß ihnen der Kaiser das Leben schenkt, und daß sie an Stelle der ausgesprochenen Todesstrafe aller ihrer bürgerlichen Rechte für verlustig erklärt, und nach Maßgabe ihrer verschiedenen Schuldbarkeit zur Zwangsarbeit in die Minen, oder in die Festungen verurtheilt, oder nach längerer oder kürzerer Haft in die Armee eingereiht werden sollen.

Kais. d. d. 8. Januar. (C. B. a. V.) Reisende, welche aus Warschau hier angelangt sind, haben die Nachricht mitgebracht, daß man in der Hauptstadt, insofern es sich dort über Politik nur kispeln läßt, der Ansicht ist, daß die gegenwärtigen Verwickelungen mit der Türkei noch nicht ganz ausgeglichen sind. So viel scheint fest zu stehen, daß im Falle eines Krieges, die russische Flotte auf dem schwarzen Meere den vereinigten Flotten der Türken, Franzosen und Engländer nicht würde widerstehen können, und dieser Umstand ist vielleicht die Ursache, daß bis jetzt der Kaiser seine Kriegslust noch immer einigermaßen zu moderiren wußte, denn eine verlorene Seeschlacht würde Rußland für längere Zeit aus der Liste der europäischen Seemächte streichen.

Amerika.

Der Post-Dampfer „Gibertia“ hat Nachrichten aus New-York bis zum 26. Decbr. gebracht. Ueber den Inhalt der Vorträge des Präsidenten bemerkt der „New-York Herald“ folgendes: „Wir haben endlich die erste Vortragsrede des General-Taylor. In manchen Beziehungen wird sie zu merkwürdigen Erörterungen Anlaß geben. Sie ist mit Einsicht abgefaßt und unterscheidet sich von den Vorträgen aller früheren Präsidenten seit Gründung der Regierung. Die hervorstechendsten Begebenheiten in der Geschichte der Republik während des letzten Jahres werden kurz und ruhig berichtet, ohne besondere Kraft und Energie in Sprache und Ausdruck. Ueber die Mißgriffe des Herrn Claytons geht die Vortragsrede mit einer gewissen Geschicklichkeit hinweg, aber in einer Weise, welche wie Verachtung des Secretärs ausfällt. Der Zwist mit Frankreich wird wie ein geringfügiges Ereigniß behandelt. Die Beziehungen zu England, mit Einschluß der Frage von Nicaragua, stellen keine unangenehmen Verwickelungen in Aussicht; doch bedroht der General Portugal mit einer zweiten Vortragsrede, wenn es seine Schulden nicht bezahle. Ueber die zahlreichen Absetzungen und Ernennungen ist kein Wort gesagt, welches nicht der allgemeinen Erwartung entspricht. Kurz, die Vortragsrede ist eines der unschuldigsten Dokumente, welche veröffentlicht worden sind. Ueber die Einführung der Sklaverei in den neuen Territorien spricht sich der General keineswegs klar oder bestimmt aus. In den Finanzen wird sich für dieses Jahr nur ein Deficit von 16 Mill. Dollars zeigen, und der General empfiehlt ohne Weiteres eine Anleihe. Der Secretair, Herr Meredith, spricht sich in seinem Berichte für einen hohen Tarif und die Fortdauer des Unter-Schankens aus, empfiehlt eine Erhöhung der Steuern u. s. w. Die Vortragsrede und die mit derselben in Verbindung stehenden Dokumente werden wenig Einfluß auf die Gesetzgebung des diesjährigen Congresses ausüben.“

Die Stellung des Präsidenten der Union ist vielleicht nie schwieriger gewesen, als die General-Taylor's Angesichts der fast absoluten Gleichheit der Parteien und ihrer sich immer mehr steigenden Leidenschaftlichkeit und Rücksichtslosigkeit. Sein Streben ist deshalb augenscheinlich darauf gerichtet, zu versöhnen und zu begütigen, um wenigstens den so sehr gefährdeten status quo, d. h. den Fortbestand der Union zu erhalten. Deshalb in seiner Vortragsrede die große Vorsicht, welche hier und da in Zurückhaltung übergehen und von Manchen belächelt werden mag. In Nordamerika kann der Totaleindruck im Wesentlichen nur ein günstiger sein. Wie viel oder wie wenig der Congress die Wünsche des Staats-Oberhauptes berücksichtigen werde, darüber entscheidet die nächste Zukunft; etwas voraus zu sagen, wagt in diesem Augenblick nicht leicht ein Verständiger. Die englischen Zeitungen bringen heute die 4^{te} Spalten lange Präsidialbotschaft. Wir geben hier folgende Stellen wörtlich:

„Sechzig Jahre sind verflossen seit der Einführung der jetzigen Regierungsform und der Congress tritt abermals zusammen, um einem Reiche freier Männer Gesetze zu geben. Die Propheten, welche den Verfall unserer Institutionen voraus sagten, sind zu Schanden geworden. Die Vereinigten Staaten bilden die beständige Regierung des ganzen Erdenrunds. — Wir sind mit der ganzen Welt in Frieden, unsere letzte Ernte gar gut und auch der Todesengel, der uns mit einer furchtbaren Krankheit heimsuchte, ist endlich an uns vorübergegangen. Eine leichte Unterbrechung des Geschäftsverkehrs mit Frankreich ist beendigt und unser Gesandter dort empfangen worden. Mit äußerster Genugthuung werde ich den Gesandten der Schwester-Republik empfangen. — Kurz nachdem ich in die Verwaltung getreten war, ersuhr ich, daß ein dem deutschen Reich gehöriges Kriegsdampfschiff im New-Yorker Hafen ausgerüstet werde. Die Erlaubniß dazu ward während eines Waffenstillstandes dieses Reichs und Dänemarks gegeben. In der Befürchtung, daß dies vom König von Dänemark als Verletzung der Neutralität angesehen werden möchte, befahl ich, daß kein weiterer Beistand der Art mehr geleistet werden solle. Die Korrespondenz über diesen Gegenstand liegt Ihnen vor. Obgleich im August 1848 ein Gesandter der Vereinigten Staaten von meinem Vorgänger nach Deutschland geschickt, accreditirt wurde und derselbe in Frankfurt a. M. lange Zeit gewartet hat, und obgleich ein deutscher Gesandter dießseits beglückwünscht und empfangen wurde, so hat sich doch bis jetzt ein deutsches Reich nicht definitiv gebildet. Herr Donelson, un-

ser Repräsentant in Frankfurt, verweilte mehrere Monate daselbst, in der Erwartung, daß eine Einigung der deutschen Staaten unter einer Verfassung sich gestalten würde. Solche, die mit den bestehenden Beziehungen zwischen Preußen und den deutschen Staaten bekannt sind, sind der Ansicht, daß keine dauernde Einigung ohne dessen Mitwirkung möglich ist. Für den Fall des Zustandekommens eines solchen Bundes und einer deutschen Centralgewalt, von welcher Preußen einen Theil bildete, würde es nöthig, unsern Gesandten aus Berlin zurückzuziehen; so lange aber Preußen als unabhängiges Königreich besteht, und die diplomatischen Verbindungen mit ihm unterhalten werden, ist keine Ursache zu einer weiteren Vertretung unsererseits in Frankfurt. Deshalb habe ich Herrn Donelson zurückgerufen und sein Archiv an unsere Gesandtschaft in Berlin dirigirt. — Gewissenhaft habe ich jede Einmischung in die europäischen Kriege vermieden. Während des Kampfes Ungarns mit Oesterreich schien Aussicht vorhanden, daß Erstere ein unabhängiges Volk werde. So schwach diese Aussicht auch war, so hielt ich es doch für meine Pflicht, in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung in Amerika, welche für die ungarischen Patrioten lebhaftes Theilnahme hegt, für diesen Fall vorbereitet und unter den Ersten zu sein, die ihnen Glückwünsche brachten. Zu diesem Zweck ermächtigte ich einen in Europa anwesenden diplomatischen Agenten, zu erklären, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, die Unabhängigkeit Ungarns anzuerkennen, sofern dieses sie zu behaupten vermöge. Das gewichtige Dazwischentreten Rußlands vereitelte die Anstrengungen der Magyaren. Die V. Staaten haben sich zu keiner Zeit in den Streit eingemischt, obgleich die Sympathien der Nation auf Seite des tapfern, aber unglücklichen Volkes waren. — Mit Rußland, Oesterreich, Preußen, Schweden, Dänemark, Belgien, den Niederlanden und den italienischen Staaten unterhalten wir noch unsere freundschaftlichen Beziehungen. — Zur Unterstützung des Kanalbaues in Central-Amerika aus Staatsfonds rathe ich nicht, halte diese auch nicht für nöthig, da Privatindustrie das Werk allein vollenden wird, sofern es überhaupt ein thunliches ist. Die Betheiligten verlangen auch keine Geldunterstützung, nur Schutz; sie machen sich anheischig, den Bau in Angriff zu nehmen, wenn man ihnen diesen Schutz angedeihen läßt. Sollte sich ein Zweifel an der Ausführbarkeit der Sache ergeben, so würde eine sofortige sachverständige Untersuchung des Terrains bald hinlängliches Licht darüber verbreiten. Das Gebiet, durch welches der Kanal führt, muß frei von Ansprüchen verschiedener Nationen sein, so daß keine einen hemmenden Einfluß auf die Schiffahrt der übrigen ausüben darf.“

Der Passus über das Zollwesen, der in England nicht geringes Aufsehen macht, ist folgender: „Ich empfehle eine Revision des bestehenden Tariffs mit Rücksicht auf eine zu erzielende höhere Staatseinnahme. Ich bezweifle nicht das Recht oder die Pflicht des Congresses, die einheimische Gewerbsthätigkeit zu ermuntern, sie, die die Quelle des Wohlstandes und Glückes der Nation wie des Einzelnen ist. Ich blicke auf die Einsicht und Vaterlandsliebe der Vertreter, und hoffe, daß sie ein System einführen werden, welches der Arbeit des Landes einen sicheren und dauernden Halt giebt, und durch gebührende Ermunterung der Manufaktur auch den Ackerbau hebt und fördert. Demgemäß halte ich dafür, daß spezifische Zölle einzuführen sind, hoch genug, um unsere Industrie zu stützen, und gleichzeitig so normirt, daß sie auch auf die Dauer bestehen können. Dieselben werden die Einnahme erhöhen und dem Unterschieß steuern.“ — „Ihr werdet eingeladen, eure Aufmerksamkeit ernstlich auf eine Verbesserung unserer gegenwärtigen Geseze hinsichtlich des Afrikanischen Sklavenhandels zu richten, zum Zwecke einer wirksamen Unterdrückung jenes barbarischen Gewerbes. Es läßt sich nicht leugnen, daß dieser Handel noch zum Theil durch Schiffe betrieben wird, die in den Vereinigten Staaten gebaut sind und Bürgern der Vereinigten Staaten gehören. Die Korrespondenz zwischen dem Ministerium und dem Gesandten und Consul der Vereinigten Staaten in Rio de Janeiro, welche dem Congress von Zeit zu Zeit vorgelegt worden ist, zeigt, daß man sich der See-Briefe nur aus List bedient. Schiffe, welche in Brasilien verkauft worden sind, segeln nämlich, wenn sie durch den Consul mit diesen Papieren versehen worden sind, anstatt nach den Vereinigten Staaten einer neuen Registration wegen, gleich nach der Afrikanischen Küste, um ihre Sklavenladung aufzunehmen. Der Regierung sind kürzlich verschiedene andere Verhältnisse ähnlicher Art zur Kenntniß gebracht worden. Wir haben es als nicht im Wesen unserer Geseze liegend betrachtet, einen Amerikanischen Bürger, welcher in einem fremden Lande ein in den Vereinigten Staaten gebautes Schiff kauft, der Angelegenheit auszuweichen, das Schiff einer neuen Registration wegen nach seiner Heimath zu senden, ehe es die Erlaubniß erhält, zu einer Reise auszulafen. Jede Veränderung der Geseze, welche dahin zielen könnte, die freie Uebertragung des Schiffbesitzes zwischen unseren Bürgern zu erschweren, oder die freien Fahrten dieser Schiffe zwischen verschiedenen Theilen der Welt, wenn diese Schiffe in rechtmäßigem Handel beschäftigt sind, erfordert eine reifliche Ueberlegung. Ich vertraue jedoch, daß eure Weisheit einen Weg finden wird, nach welchem sich unsere allgemeine Politik in dieser Hinsicht bewahren läßt und zugleich der erwähnte Mißbrauch unserer Flagge durch Seebriefe verhindert werden kann.“ — Der Schlußsatz lautet: „Anhänglichkeit an die Union sollte in jedem Amerikanischen Herzen gepflegt werden. Seit mehr als einem halben Jahrhundert hat die Union unerschüttert aufrecht gestanden, während große und kleine Reiche stürzten. Die Patrioten, die sie einst gründeten, ruhen längst im Grabe, aber noch besteht ihr Werk, das Gedächtniß ihres Ruhms, der Gegenstand der Liebe und der Bewunderung eines Jeden, der verdient, den Amerikanischen Namen zu tragen. Nach meiner Uebersetzung würde die Zerstörung dieses Werkes, die Auflösung der Union, die größte denkbare Kalamität sein; sie abzuwenden, muß deshalb das Streben jedes Amerikaners sein. Was für Gefahren sie auch bedrohen, ich werde ihr zur Seite stehen und die Integrität derselben aufrecht zu erhalten suchen, so weit, als die mir verfassungsmäßig verliehene Gewalt reicht.“

Washington, den 4. December 1849. (gez.) J. Taylor.

Pater Mathew, der berühmte Mäßigkeits-Apostel, ist nach lebhafter Diskussion Mitglied des Senats zu Washington mit 33 gegen 18 Stimmen geworden.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat unterm 20. Decbr. an Ladislaus Ujhazy, ehemals Gouverneur von Komorn, ein sehr freundliches Schreiben erlassen, worin er die Ungarischen Flüchtlinge in Amerika willkommen heißt.

Vermischtes.

Bemerkenswerther Fortschritt: Die Kinder einiger Pastoren kommen jetzt bereits getauft auf die Welt. Der Prediger Herr Reboul zu Schwedt a. d. V. meldet unterm 13. in der „Spen. Ztg.“ vom 15. d. M., daß am 12. c. (sic!) von seiner lieben Ehefrau

ein Söhnlein, Jean Basile, geboren worden, welches anzudeuten er nicht habe unterlassen wollen.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Jan. ist in Dortmund ein entsetzlicher Mord verübt worden. Ein in mittelmäßigen Verhältnissen lebender Kaufmann ist in seinem Bette durch mehrere Hammerschläge getödtet gefunden worden. Die Mörder sind durch ein in die Wand gebrochenes Loch in das Schlafzimmer des Ermordeten eingedrungen und haben ungehört ihr schreckliches Werk vollbracht, ohne jedoch etwas zu entwenden. Die vox populi spricht von einem Vaternorde, welches Gerücht in sehr vielen notorischen Umständen Grund findet. Der Sohn des Ermordeten ist nebst vier anderen Personen, die von ihm zum Morde gebungen sein sollen, gefänglich eingezogen.

Locales etc.

Posen, den 17. Januar. Wir scheinen hier gänzlich einzuschneien. Eben um 11½ Uhr erhalten wir die Nachricht, daß der Berliner Bahnzug, der gestern Abend um 8 Uhr eintreffen sollte, nur bis Samter hat vordringen können; und daß der Schneeschlitten oder Bahnräumer, der demselben von hier aus entgegen gegangen, aus den Schienen gekommen ist.

Nachmittags 2 Uhr: Auf dem Bahnhof eingezogenen Erfindungen zufolge liegen zwischen Rokutnica und Samter 5 Lokomotiven und der Eisenbahnzug, der gestern Abend antommen sollte, fest. Die Durchschneide auf der Bahn sind sämtlich so vollständig mit Schnee ausgefüllt, daß derselbe nicht zu entfernen ist. Eben sind 4 Postwagen zur Aufnahme der Passagiere von hier abgegangen.

□ Ostrowo, den 15. Januar. Der für die heutige zweite Sitzung des Schwurgerichts als Angeklagter vorgeladene Joh. Kozłowski aus Kaschaw war nicht erschienen und der Staatsanwalt trug auf dessen Verurtheilung in contumaciam zu 1jähriger Zuchthausstrafe an. Der Gerichtshof bestätigte zwar diesen Antrag, aber unter Abrechnung der bereits erlittenen 3 monatlichen Haft. In der heutigen dritten Sitzung befand sich auf der Anklagebank der Joh. Krzyżak, beschuldigt wegen öffentlicher Aufforderung zum Widerstande gegen die Obrigkeit; sein Defensor war der Referendar Mysielski. Die Anklage wird verlesen. An einem Fortgerichtstage sollte der Wirth Syzch, wegen ungebührlichen Betragens, arretirt werden. Da trat Krzyżak vor die versammelte Menge hin und rief: Leute! seid ihr nicht hier? laßt ihn nicht arretiren! Die Zeugen, mit Ausnahme eines einzigen, bestätigten die Anschuldigung. Der Staatsanw., um die Thatfrage herbeizuführen, ließ sich im Allgemeinen darüber aus, daß die Gefinnungen der Defraudanten gegen Förster, Richter und Zeugen zu bekannt wären, um hierauf näher einzugehen, daß überdies nur Ordnung die Welt regiere, und wenn es auch ein Unglück wäre, Beamte haben zu müssen (?), so könnte man ihrer doch nicht entbehren und ihre Autorität müsse aufrecht erhalten werden. Hierauf wies er nach, daß der Angeklagte durch jene Aeußerungen wirklich eine versammelte Volksmasse öffentlich zum Widerstande gegen die Obrigkeit aufgefordert habe, weshalb er das „Schuldig“ gegen denselben beantrage. Das geschah Seitens der Geschworenen und Intulpat wurde zu 4wöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilt.

Bromberg, den 13. Januar. Der Königl. Preussische General-Konsul v. Wagner zu Warschau hat dem Ober-Präsidenten unserer Provinz unterm 17. v. M. die sehr wichtige Mittheilung gemacht, „daß es ihm nach wiederholten Versuchen gelungen sei, die Aufmerksamkeit des Fürsten von Warschau darauf zu lenken, was wünschenswerth es im Interesse des Russischen und Preussischen Staates sei, einige Erleichterung in Bezug auf den Grenz- und Reiseverkehr eintreten zu lassen. In Folge dessen habe die Kaiserliche Regierungskommission den Beschluß gefaßt, daß der Verkehr der Grenzbenutzer der beiderseitigen Staaten im Umfange von 3 Meilen auf Grund von auf 8 Tage gültigen Legitimationskarten, so wie in Bezug auf die durch die Grenzlinie durchschnittenen Güter auf Grund von auf 1 Jahr gültigen Legitimationspapieren dergestalt wiederhergestellt werde, wie er vor den im Jahre 1848 stattgefundenen Ereignissen bestanden und zwar unter Aufhebung aller Einschränkungen, welche durch jene Ereignisse veranlaßt worden seien.“ — Dies Schreiben des Herrn Generalkonsuls ist auch der hiesigen Regierung und durch diese den bei der Grenze betheiligten Landrathsämtern und Distrikts-Kommissariaten mitgetheilt worden. Auch die Russischen Kammern sollen bereits mit Schemas zu derartigen Legitimationspapieren versehen sein.

+ Inowracław, den 13. Januar. Der Oberst-Lieutenant v. Düsterlow, Commandeur des 3. Dragoner-Regiments, der sich in den Ruhestand begeben will, hat auf seiner letzten Inspektionsreise, mit welcher zugleich seine Abschiednahme von den ihm untergebenen Truppen verbunden war, auch unser Städtchen berührt, wo diesem greisen Krieger von Seiten des Militärs anerkannterwerthe Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Der hiesige Rittmeister v. Jylow, ein Freund und eifriger Beförderer des mehrstimmigen Gesanges, veranlaßte nämlich den Sängerkhor seiner Schwadron, so wie das Corps der Trompeter, ihrem alten Regimentschef ein Ständchen zu bringen, was in der Art zur Ausführung kam, daß abwechselnd erst von den Trompetern und dann von dem Sängerkhor ein Stück vorgetragen wurde. Leider ist dieser Gesangsverein der einzige, den unser Städtchen aufzuweisen hat!

o Zur Chronik Posen's. (Fortsetzung.)

Von den öffentlichen Gebäuden. Das Fürstl. Schloß. Schon im 10. und 11. Jahrhundert war Posen die Hauptstadt der lechitischen Herrscher, welche hier für sich und ihren Hof ein Haus oder Schloß zur Wohnung haben mußten. Es entsteht nun die Frage, wo dieses Schloß gestanden habe. Die ältesten Chronisten, das Stadtarchiv und sogar die mündliche Ueberlieferung schweigen völlig darüber. Muthmaßlich stand dieses Schloß in der Nähe der Kathedral-Kirche oder wenigstens in der Umgegend derselben am rechten Warthaufer auf einer der Vorstädte Podgorze, Ostrowek, oder auch, was am wahrscheinlichsten ist, auf der Schrobka.* Für diese Muthmaßung sprechen folgende Umstände: Nach der Orts tradition war in den ferneren Zeiten des Heidenthums an dem Orte, wo heute die Kirche des heil. Johannes steht, ein Heidnisches Gotteshaus, wo Brandopfer gebracht und andere Ceremonien des Götzendienstes verrichtet wurden. Um dieses Gotteshaus standen umzäunelte Hütten und in deren Mitte die Wohnsitze der Vorfahren Mierczyslaw's I., denn das Volk sam-

*) Im Archiv des Domkapitels findet sich das Privilegium Przemyslaw II. vom J. 1286, welches die Dörfer des Kanonikus Michael Galkowo und Unin von allen Lasten des Posener Rechts befreite, ihnen das Mägd. Recht verlieh und überdies seit der Zeit dem Kanonikus aream suam sitam juxta ecclesiam S. Margarethae anwies. Es kann sein, daß dies der Platz war, auf welchem ehemals das fürstliche Schloß stand.

melte sich gewöhnlich um die Befehlshaber, oder auch umgekehrt, der Befehlshaber ließ sich mitten unter seinem Volke nieder. Als um die Mitte des 10. Jahrhunderts Mieczyslaw I. die christliche Religion annahm, gründete er zu Posen einen Bischofsitz an der Stelle, wo er noch heute besteht, zuverlässig in der Nähe seines Schlosses. Wenn nun das fürstliche Schloss schon damals an dem linken Wartheufer gestanden hätte, so wäre auch untrüglich die Kathedrale auf der linken Seite des Flusses angelegt worden; denn in ganz Europa wurden in den Hauptstädten die Kathedralen in der Nähe der fürstlichen Schlösser erbaut, wie dies auch bei uns etwas später in Krakau geschah. — Als Boleslaw der Tapfere im Jahre 1005 vor der Uebermacht des deutschen Kaisers Heinrich zurückweichen mußte, zog er sich nach Posen zurück. Als der Kaiser von der Seite von Birnbaum her bis auf 2 Meilen von dieser Stadt herannahete, vermochte er nicht weiter vorzurücken. Es scheint demnach, daß zwischen ihm und dem besetzten Schlosse, in welches sich Boleslaw eingeschlossen hatte und von welchem aus er den Uebergang auf das rechte Wartheufer dem deutschen Heere erschweren konnte, der Kaiser am weiteren Vorrücken verhindert wurde. Endlich wurden bei uns im 10. u. 12. Jahrhundert unzweifelhaft Schlösser erbaut, gewöhnlich mitten in Sumpfen, Seen, und zwischen zwei Flußarmen, wie uns dies die im Lande zerstreut liegenden Ortschaften lehren, in denen Schlösser standen. Eine solche Lage hat die Kathedrale und die sie umgebende Vorstadt, eine nach dem damaligen Zustande der Kriegskunst überaus feste und deshalb zum Schlosse eines Kriegsoberhauptes sehr geeignete Lage. — Aus dem 12. und 13. Jahrhunderte lassen sich die unzweifelhaftesten Beweise anführen, daß das fürstliche Schloß in der Umgegend der Kathedrale stand. 1148 belagerte Wladislaw II. seine Brüder in Posen. Zudem die Belagerten einen Ausfall machen wollten, hängten sie auf dem Thurme des heil. Nicolaus einen rothen Schild aus, und als sie diesen Ausfall bewerkstelligt hatten, richteten sie unter den Belagerern ein so großes Blutbad an, daß 2 Flüsse, die Olwina und Gubina, mit Menschenblut angefüllt (?), das Wasser des Warthesflusses färbten. *) Dieser Vorfall ereignete sich demnach auf dem rechten Wartheufer, wo das besetzte Schloß Mieczyslaw des Alten lag, zu welchem die von Wladislaw II. beleidigten Brüder ihre Zuflucht genommen hatten. Wenn nun zu jener Zeit das fürstliche Schloß auf dem linken Wartheufer gelegen hätte, konnte sich dann Mieczyslaw der Alte sammt seinen Brüdern einschließen? Oder wenn dieses Schloß nicht besetzt war, hätte sich Wladislaw dessen nicht bemächtigen können? wenn auch nicht aus strategischen Rücksichten, so doch wenigstens deshalb, um eine Rache, was in jenem Zeitalter so gewöhnlich war, an dem Wohnsitze seines Bruders auszuüben. Dieses fürstliche Schloß stand ohne Zweifel bis zum Ende des 13. Jahrhunderts auf dem rechten Wartheufer in der Gegend der Kathedrale. Nach dem Zeugnisse Boguslafs wurde es 1249 von Przemyslaw I., Fürst von Großpolen, wieder in Stand gesetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach war es immer von Holz. — Es scheint, daß Przemyslaw I., vertrieben über das öftere Austreten der Warthe, welche die Stadt am rechten Ufer und sogar auch das fürstliche Schloß stark beschädigte, beschloß, um sich gegen dieses lästige Element zu schützen, auf einem ziemlich erhabenen Hügel des linken Ufers um die Mitte des 13. Jahrh. ein Schloß zu erbauen. Diese Ansicht unterstützen die Posener Kirchenrevisionen, das städtische Archiv und der Ausspruch Boguslafs, welcher sagt, daß Przemyslaw I. von dem

Posener Bisthum durch Tausch mit der Schöbke einen Landstrich auf dem linken Wartheufer acquirirt, hier einen neuen Stadttheil gegründet und ihn mit Festungswerken umgeben habe. Der Gründer der Stadt auf dem linken Ufer kann dreist als Gründer des Schlosses in diesem Stadttheile betrachtet werden; denn in jener Zeit standen die fürstlichen Schlösser nicht fern von der Stadt, oder wenn man sie isolirt außerhalb der Stadt erbaute, so bemühte man sich, sie alsbald mit neuen Ortschaften zu umgeben. (Fortsetzung folgt)

Litteratur.

Deutschschrift über die politische Stellung der Provinz, Posen zur Preussischen Monarchie, so heißt eine vom Verfasser uns zugefandte, neulich erschienene Brochüre, die nach Urkunden und officiellen Dokumenten, von dem Abgeordneten zur Isten Kammer für den ersten Posener Wahlbezirk, Major von Voigts-Rheze, verfaßt ist. — Wir haben mit großen Erwartungen dieselbe in die Hand genommen, zu denen der Name des Verfassers vollkommen berechtigte, der die Deutsche Sache verfocht, als der General von Willisen uns Deutsche aufgegeben zu haben schien. Als Ergebnis der Deutschschrift bezeichnet der Verfasser (Pag. 112.) die Führung des Beweises, daß weder auf Grund der Wiener Traktate, noch durch die Verbeizung des Jahres 1848 der Provinz ein Recht auf abgesondertes Bestehen neben der Preussischen Monarchie zuerkannt werden kann, und dies um so weniger, als dies von den Polen behauptete Recht in Folge der übereinstimmenden Annahme des §. 1. der Verfassung vom 5. December 1848: „Alle Landesbestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das Preussische Staatsgebiet“, durch beide Kammern, vollständig in sich zerfallen sei.

Die Brochüre zerfällt in 3 Abtheilungen, denen eine Einleitung vorangeht, in der eine Uebersicht der politischen Gestaltung der Provinz in den Jahren zwischen 1806 und 13 gegeben wird, die ziemlich bekannt sein möchte, aber des Ganzen wegen wohl in dieser Arbeit leicht einen Platz finden konnte.

Die Iste Abtheilung: Verhandlungen auf dem Congreß zu Wien, in den Jahren 1814 und 15, so wie die staatsrechtlichen Documente, die sich auf die polnische Frage beziehen.

Sie enthält, was jeder weiß, wie Preußen zum Dank für die vielen Opfer, die es gebracht hatte, um das französische Joch abzuschütteln, recht gründlich über den Pöbel barbiert worden ist. — Die Angst, das europäische Gleichgewicht zu zerstören, verbündete die Ausföhrung des anfänglichen Planes: Die polnischen Theile sämmtlich an Rußland, dagegen ganz Sachsen an Preußen zu überlassen.

Die bezüglich Note, worin England diese Idee entschieden begünstigt, ist von Lord Castlereagh an den Fürsten Hardenberg, und heißt im Auszuge folgender Maßen: „Lord C. erkennt die Nothwendigkeit der Entschädigung Preußens durch das Königreich Sachsen an, wenn Rußland durch Warschau schablos gehalten werden sollte, also also auf Kosten Preußens, dem das Herzogthum Warschau bis 1806 gehörte. Er sieht keinen Grund, weshalb Preußen nicht auf Kosten eines Feindes entschädigt werden sollte, der, nach den Prinzipien des Völkerechts, die Gesamtheit seiner politischen Rechte eingebüßt hat.“

Solche und ähnliche Documente, wodurch schließlich die Provinz Posen an Preußen kam, sind, wenn auch nicht in der Ausführlichkeit, wie sie hier gebracht, doch bekannt genug, so daß sie für den Zweck nichts Neues bringen. Das Einzige von Wichtigkeit könnte die Wiederlegung der Deduktion des §. 24 der Staats-Verträge sein, in welchem die Polen nur eine Personal-Union und keine wirkliche Vereinigung mit der Monarchie finden wollen.

Der §. 24 lautet nämlich: Se. Maj. zc. wollen die neuen sächsischen Landesbestheile mit seiner Monarchie vereinigen und in voller Souveränität als Eigenthum besitzen — indeß in dem betreffenden §. diese Vereinigung nicht für die Provinz Posen ausgesprochen ist.

Der Verfasser sagt nun sehr richtig: Es bedarf nur des Hinweises darauf, daß nach §. 23 die polnischen Provinzen, als wieder erworbenes Land, wie zuvor besessen werden sollten, wo sie bereits einen mit der Monarchie reell vereinigten Besitz bildeten, während der §. 24 für ganz neue Länder-Erwerbung die Bestimmungen enthielt.

Die 2te Abtheilung bringt die Besitzergreifung und Huldigung im Großherzogthum Posen. — Sie erzählt ausführlich den Staatsakt, dessen sich ein großer Theil der Einwohner noch entsinnt, die Huldigung mit ihren Feierlichkeiten und Neben, so wie die Installation des Fürsten Anton Radziwill zum Statthalter, also wieder nichts Neues.

Die 3te Abtheilung: Verbeizungen des Jahres 1848. Sie sind ebenfalls hinreichend bekannt, so wie, daß das damalige Ministerium diesen Zusagen durch eine wohl zu große Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Deputation, eine weitere Ausdehnung gab, als die Ordnung sie gestattete.

Ein wesentlicher Umschwung in der öffentlichen Meinung hinsichtlich der s. g. Polenfrage wird u. E. durch die Brochüre nicht bewirkt werden. Der Pole, der nicht überführt sein will, daß er Unmögliches fordert, wird durch dieselbe nicht von seinem Verlangen zurückgebracht werden. — Der Deutsche aber braucht diese Details nicht, denn durch seine Ansiedelung in der Provinz hat er hinreichend bewiesen, daß er sie stets nur als einen Theil des Inlandes angesehen hat. Doch ist immer die Arbeit als ein brauchbares Compendium von provinziellen Documenten zu schätzen.

Verantw. Redakteur: G. G. S. Biele.

Angekommene Fremde.

Vom 17. Januar.

Bazar: Die Gutsb. Belniewicz a. Dembice; Storzewski a. Kaminice; Grabowski a. Lutowo; Wlaczynski a. Pawlowo; Mycielski a. Dembno; v. Storzewski a. Prochnowo u. Potulicki a. Kl. Jesiorek; Gutsb. Lofow a. Keszcz; Geistlicher Kutowski a. Kaminice; Doktor Palicki a. Kosten.

Laut's Hotel de Rome: Kfm. Casper a. Leipzig; Holzändler Stange a. Berlin.

Hôtel de Bavière: Gutsb. v. Niemcewicz a. Wilez; Buchändler Janowski a. Rakel; Kfm. Krefmann a. Stettin.

Hôtel de Vienne: Graf Tyszkiewicz a. Siedlec.

Hôtel à la ville de Rome: Die Kauf. Witkowski u. Hirschberg a. Berlin; Gutsb. Kuch a. Koniojad.

Hôtel de Dresde: Die Gutsb. Rosenthal a. Schleffen u. Dpiz a. Salica.

Hôtel de Berlin: Herr. Heubach a. Pomice; Buch. Emmel a. Staszewo; Inspektor Kurza a. Gnesen; Gutsb. v. Mroczynski a. Chwalikowo.

Hôtel de Paris: Landrath v. Suchodolski a. Pleschen; die Gutsb. Eufstki a. Skomowo; Hoppe a. Storawin u. Hildebrandt a. Stubuszewo; Bürger Kadow a. Rudzin; Doktor Tabernacki a. Wreschen.

Hôtel de Saxe: Dekonom Witke a. Erin.

Hôtel de Pologne: Gutsb. Gebr. Hellmold a. Komorowo.

Im Eichhorn: Die Kauf. Gumpert a. Wiekow; Ehrlich a. Neustadt a. W. u. Norwigh. Kott a. Strzalkowo.

Im eichnen Born: Schneider Orlinkiewicz a. Gnesen; die Kaufmanns-Frauen Schabe u. Rieck Jakob a. Mloslaw; die Kauf. Abraham Rybicki, Geller, Fiebler u. Fischler a. Goshyn u. Gebr. Gelbfeld a. Lepienno; Wittwe Jette Landsberg a. Odrzyko; Amtmann W. Wiedinski a. Jaroczyn.

Im Eichenfranz: Die Kauf. Blockmann a. Ostrowo u. Rusat a. Gnesen.

Zur Krone: Kfm. Paradies a. Trzemeszno.

Drei Lilien: Bau-Assistent Brühl a. Glogau.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 18. Januar auf vielseitiges Verlangen zum Zweitemal: Die falsche Prima Donna, oder: Catalani in Krähwinkel; Posse mit Gesang in 4 Akten von Bäuerle. (Luftig: erscheint als Catalani: Herr Gademann.)

Für die im Gubrauer Kreise Verunglückten sind ferner bei uns eingegangen:

von F. W. M. 1 Rthlr.; F. 2 Rthlr.; F. 2 Rthlr.; H. J. 1 Rthlr.; J. H. W. 2 Rthlr.; v. B. j. 2 Rthlr.; B. 15 Sgr.; F. Varleben 3 Rthlr.; J. S. 2 Rthlr.; W. S. 1 Rthlr.; L. A. 1 Rthlr.; J. 5 Rthlr. Zusammen 39 Rthlr. 15 Sgr., 4 Louisd'or und zwei Friedrichsd'or.

Posen, den 17. Januar 1850.

Die Zeitungsexpedition von W. Decker & Comp.

Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gericht zu Rawicz, den 3ten Juli 1849.

Das dem Gutsbesitzer Rudolph Pöhley gehörige, bei dem Dorfe Szymanowo belegene, 1/2 Meile von Rawicz entfernte Vorwerk Karlsruh von 303 Morgen 53 □ Ruthen Flächenraum, abgetheilt auf 13,487 Rthlr. 17 Sgr. 4 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 20ten Februar 1850 Vor- und Nachmittags

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gericht zu Trzemeszno.

Das im Mogilnoer Kreise belegene, dem Rieselmeister Anton Wasielewski gehörige Erbpachts-Vorwerk Stawisko nebst Zubehörungen, gerichtlich abgeschätzt, und zwar:

a) den Ertragswerth mit 5 pro Cent, zu Capital gerechnet auf 8629 Rthlr. 15 Sgr., b) desgleichen zu 4 pro Cent auf 10,787 Rthlr. 8 Sgr. 4 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 25ten April 1850 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Nechte Hamburger Cigarren

empfehlte M. Cohn, Friseur, Neuestraße 5.

Regelmäßige Post-Dampfschiff-Fahrt

zwischen

Hamburg und New-York,

Expedition durch

Knorr & Jansen.

Das dem Rheder R. M. Sloman gehörige neue, prachtvolle, eigens zu dieser Fahrt erbaute, mit eleganten Kajüten versehene große Hamburger

Dampfschiff „Selena Sloman“,

(das erste transatlantische unter Deutscher Flagge),

geführt von dem bekannten Capitain P. N. Paulsen, wird in diesem Jahre wie folgt direkt von

Hamburg nach New-York expedirt:

am 6. April, 15. Juni, 24. August, 31. Oktober.

Der Passagierpreis beträgt in 1. Cajüte 150 Rthlr., in 2. Cajüte 80 Rthlr., und im Zwischendeck 50 Rthlr., sämmtlich inclusive Beköstigung.

Regulaire Segel-Packet-Schiffahrt

von Hamburg nach New-York.

Die großen eigens zur Passagierfahrt erbauten schnellsegelnden, gefurten dreimastigen Packet-Schiffe desselben Rheders, ebenfalls mit allen möglichen Bequemlichkeiten für Reisende und Auswanderer versehen, werden in diesem Jahre wie folgt abgehen:

Leibnitz, Capitain Jörgensen, am 1. März und 15. Juni,
Herschel, = Wienholz, = 15. = und 1. Juli,
Newton, = Niemann, = 1. April und 15. Juli,
Gutenberg, = Flor, = 15. = und 1. August,
Franklin, = Roluffs, = 1. Mai und 15. =
Miles, = Ariansen, = 15. = und 1. September,
Howard, = Jacobs, = 1. Juni und 15. =

ferner ebenfalls schnellsegelnde erster Klasse stehende Schiffe

von Hamburg nach New-Orleans:

am 1. April, 15. April, 1. September, 1. Oktober;

von Hamburg nach Quebec:

am 15. April, 1. Mai, 15. Mai, 1. Juni, 15. Juni;

von Hamburg nach Australien, Port Adelaide und Melbourne:

am 1. April, 1. Juni, 1. August und 1. Oktober.

Zur Annahme und Beförderung von Passagieren mit oben genannten Schiffen empfehlen wir uns unter Zusage der gewissenhaftesten Behandlung und der billigsten Passagier-Preise.

Im Jahre 1848 wurden von Hamburg in Allem 7391 Passagiere, davon durch uns allein 4120

= 1849 = = = = 5489 = , davon durch uns allein 2784

= = = = = Passagiere expedirt.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen unsere auswärtigen Herren Agenten, in Posen

Herr George Treppmacher, so wie wir auf das Bereitwilligste.

Knorr & Jansen,

Allgemeines Auswanderungs-Bureau in Hamburg.

In der Stadt Thorn ist Familien-Verhältnisse halber ein Wohnhaus nebst vollkommen eingerichteter Schmiedewerkstätte mit zwei Feuer, und einem Hofraum, aus freier Hand sofort zu verkaufen. Zu bemerken ist noch, daß das Schmiedehandwerk in diesem Hause bereits seit 60 Jahren betrieben, für den Käufer den Vortheil darbietet, sogleich gewisse Beschäftigung zu finden.

Nähere Auskunft ertheilt in Posen der Klempnermeister C. G. Blech, Wilhelmstraße No. 2.

Ein gewandter, zuverlässiger, beider Landessprachen mächtiger unverheiratheter Kellner findet sofort, oder zum 1. Februar d. J. ein Unterkommen. Wo? erfährt man Markt 44. 1 Tr.

Die Porcellan- und Glas-Auktion in No. 85. am Markt wird morgen und folgende Tage fortgesetzt werden, auch wird ein guter eiserner Ofen dabei vorkommen.

Eine sechsjährige fehlerfreie braune Stute, zum Reiten und Fahren gleich brauchbar, soll Montag den 21. d. M. Vormittags 11 Uhr auf dem Wilhelmplatz meistbietend gegen gleich bare Einzahlung öffentlich verkauft werden.

Posen, den 17. Januar 1850.

Sapientplatz No. 14. ist eine einzelne Stube vom 1. Februar c, so wie eine halbe Etage im ersten Stocke, und eine desgl. Parterre vom 1. April ab zu vermieten.

Letztere Wohnung eignet sich zu einem Geschäft und bin ich erbötig, dieselbe auf Verlangen nach der Straße ausbrechen zu lassen.

R. Seegall, Breitstr. No. 1.

Odeum.

Heute Sonnabend den 19. Januar:

Große Redoute

mit und ohne Maske.

Entrée an der Kasse 10 Sgr. Damen frei.

Billets im Hause bis Sonnabend Nachmittag 4 U.

7 1/2 Sgr.

Eröffnung 1/8, Anfang 8 Uhr Abends.

J. Lambert.

Eine Subscribenten-Liste in blauem Umschlag ist am 16. d. Abends verloren worden. Der Finder wolle dieselbe in der Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp. abgeben.